

Unterbeschäftigung

November 2016 940.036 Die Zahl der Unterbeschäftigten im engeren Sinne enthält **Oktober 2016 939.476** all jene Personen, die faktisch **September 2016 941.869** arbeitslos sind, aber zum Zeitpunkt der statistischen Erfassung nicht als Arbeitslose gezählt wurden, weil sie z.B. an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnahmen oder krankgeschrieben waren. Sie ist daher die ehrlichere Arbeitslosenzahl. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Zahl der Unterbeschäftigten im November 2016 um 3,5 Prozent auf 940.036 gestiegen.

Langzeitarbeitslosigkeit

November 2016 300.510 Im November 2016 gab es **Oktober 2016 302.517** 300.510 Langzeitarbeitslose. **September 2016 306.233** Das entspricht 43,2 Prozent **November 2015 318.877** aller Arbeitslosen. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 5,8 Prozent gesunken. Als langzeitarbeitslos gelten Personen, die ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet sind. Weil die Dauer der Arbeitslosigkeit jedoch unter anderem nach der Teilnahme an einer Maßnahme wieder von vorne gezählt wird, unterzeichnet die offizielle Zahl das wahre Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit.

Personen in Bedarfsgemeinschaften

November 2016 1.700.787 Zu den Personen in Bedarfs- **Oktober 2016 1.702.420** gemeinschaften zählen alle **September 2016 1.702.400** Menschen, die in einem Hartz- **November 2015 1.680.589** IV-Haushalt leben. Im November 2016 waren es 1,7 Millionen. Im Vergleich zum November des Vorjahres ist ihre Zahl um 1,2 Prozent gestiegen.

Der **Arbeitslosenreport NRW** berichtet regelmäßig von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Jede Ausgabe greift ein Schwerpunktthema auf. Zentrale Kennzahlen zu Unterbeschäftigung, Langzeitarbeitslosigkeit und Personen in Bedarfsgemeinschaften werden langfristig beobachtet und mit jeder Ausgabe konstant fortgeschrieben.

Der Arbeitslosenreport NRW ist ein Kooperationsprojekt der Freien Wohlfahrtspflege NRW und dem Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) der Hochschule Koblenz.

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Isolde Weber, Pressesprecherin
c/o Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Mittelrhein e. V.
Rhonestraße 2a, 50765 Köln
Tel: (0221) 5 79 98-183
E-Mail: presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de
www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

ISAM

Hochschule Koblenz, RheinAhrCampus Remagen
Joseph-Rovan-Allee 2, 53424 Remagen
E-Mail: isam@hs-koblenz.de
www.hs-koblenz.de/isam

Alle Ausgaben des Arbeitslosenreports NRW sowie Datenblätter mit regionalen Zahlen können im Internet auf www.arbeitslosenreport-nrw.de heruntergeladen werden. Quelle der Daten ist das Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit, kleine Anfragen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 18/4060 und BT-Drs. 18/8575), der Bundeshaushaltsplan 2016 und die Eingliederungsmittelverordnung 2016.

Arbeitslosenreport NRW

4/2016

Entwicklung der Förderung

Auf einen Blick

Eingliederungsleistungen

Zwischen 2010 und 2015 senkte die Bundesregierung das Budget für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit in NRW um 35 Prozent.

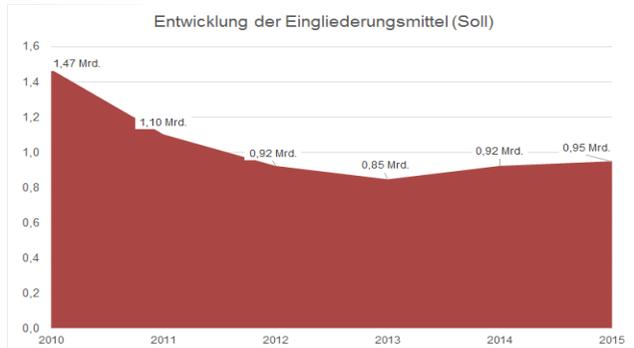
Umschichtungen

Die Jobcenter in NRW zweckentfremdeten 2015 jeden sechsten Euro aus dem Eingliederungsbudget für Verwaltungskosten.

Aktivierung mit Maßnahmen

Nur acht Prozent der Hartz-IV-Empfänger im erwerbsfähigen Alter wurden im Durchschnitt des Jahres 2015 mit einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme gefördert.

Eingliederungsleistungen



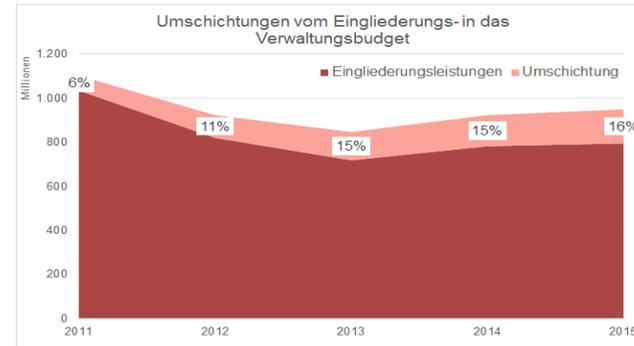
Einsparungen im Förderbudget: Minus 35 Prozent

Seit 2010 reduzierte die Bundesregierung das Budget für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Menschen im Hartz-IV-System deutlich. Zwischen 2010 und 2015 sind die geplanten Ausgaben für die so genannten Leistungen zur Eingliederung in Arbeit in NRW um 35 Prozent zurückgefahren worden.

2014 gab es erstmals wieder eine leichte Erhöhung. Statt rund 850 Millionen Euro im Jahr 2013 standen 2014 920 Millionen und 2015 950 Millionen Euro zur Verfügung. Auf das Niveau der Jahre 2010 und 2011 hebt diese Erhöhung das Eingliederungsbudget aber bei weitem nicht. 2016 plant das Bundesarbeitsministerium für NRW mit etwa einer Milliarde Euro.

Hinzu kommt: Ein Teil der Mittelerhöhungen ist darauf zurückzuführen, dass seit 2013 die Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln der Jobcenter von einem Jahr in das nächste ermöglicht wurde. Bisher flossen nicht ausgegebene Gelder zum Jahresende an das Bundesministerium der Finanzen zurück.

Umschichtungen



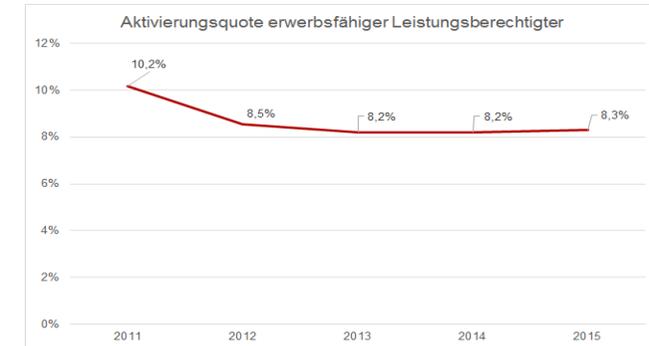
16 Prozent der Fördergelder zweckentfremdet

Seit Jahren stopfen die Jobcenter Löcher in ihrem Verwaltungsbudget mit Finanzmitteln, die ursprünglich für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Menschen im Hartz-IV-System vorgesehen waren. 2015 erreichte diese Umschichtung zwischen den Budgets einen erneuten Höchstwert. Mit rund 155 Millionen Euro nutzten die Jobcenter in NRW 16 Prozent des Eingliederungsetats des Bundeslandes nicht für den ursprünglichen Zweck – das entspricht fast jedem sechsten Euro.

Von den 950 Millionen Euro, die für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zur Verfügung standen, wurden 2015 somit tatsächlich nur 795 Millionen Euro für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen genutzt. Der Verwaltungsetat des Bundeslandes lag 2015 bei rund 1,015 Millionen Euro.

In den letzten Jahren sind die Anteile am Eingliederungsbudget, die die Jobcenter in das Verwaltungsbudget umschichten, kontinuierlich gestiegen. Waren es 2011 „nur“ sechs Prozent, wurden bereits 2013 15 Prozent in den Verwaltungsetat umgeleitet.

Aktivierung mit Maßnahmen



Nur noch jeder Zwölfte erhält arbeitsmarktpolitische Förderung

Nur jeder zwölfte Hartz-IV-Empfänger (8,3 Prozent) im erwerbsfähigen Alter wurde im Durchschnitt des Jahres 2015 mit einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme gefördert. Das zeigt die Aktivierungsquote der Bundesagentur für Arbeit. Die Quote entspricht einer monatsdurchschnittlichen Teilnehmerzahl an Maßnahmen von 96.740 aus rund 1,17 Millionen Erwerbsfähigen im Hartz-IV-System. Der Anteil der tatsächlich Geförderten an allen potentiellen Förderkandidaten pendelte sich in den letzten drei Jahren bei 8,2 bzw. 8,3 Prozent ein.

Im langfristigen Vergleich erhalten aber immer weniger potentielle Förderkandidaten auch tatsächlich eine Förderung. 2012 lag die Quote noch bei 8,5 Prozent, 2011 sogar bei 10,2 Prozent. Die Entwicklung ist also keine logische Konsequenz aus sinkenden Arbeitslosen- und Hilfeempfängerzahlen, sondern Folge der Sparmaßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik und der zunehmenden Umschichtung der Mittel für aktive Arbeitsmarktförderung in die Verwaltungsbudgets der Jobcenter.